



CDU Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft

Informationen der Fraktion

03 | 25

11. Juli 2025

Bürgerschaftssitzung am 26. Juni 2025

Bürgerschaft beschließt die Einrichtung eines Jugendbeirats

Aufgrund unseres Einsatzes und eines interfraktionellen Antrags mit unseren Kooperationspartnern bekommt Lübecks Jugend einen Jugendbeirat.

Damit wird ein bedeutender Schritt hin zu mehr Jugendbeteiligung vollzogen – und ein vorheriger Beschluss des Jugendhilfeausschusses korrigiert, der das Jugendgremium Anfang Juni noch abgelehnt hatte.



„Das ist ein großartiger Tag für junge Menschen in Lübeck“, erklärt Jens Zimmermann, jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. „Endlich schaffen wir eine echte und dauerhafte Form der Mitbestimmung für die junge Generation – mit eigenen Rechten, eigener Stimme und echter Relevanz. Dass die Bürgerschaft den Weg nun freigemacht hat, ist ein wichtiges Signal an die vielen jungen Menschen in unserer Hansestadt: Wir hören zu, wir nehmen euch ernst!“

Zivilschutz wird gestärkt

Mit Blick auf die zunehmende sicherheitspolitische Bedeutung von Katastrophenschutz und kommunaler Resilienz (Fähigkeit Krisen und Veränderungen standzuhalten) wird eine Projektgruppe „Zivile Verteidigung und Krisenmanagement“ gegründet.

Die Aufgaben der Projektgruppe sind insbesondere die Analyse der bestehenden Strukturen im Bereich der Hansestadt Lübeck in der zivilen Verteidigung und im Krisenmanagement sowie die Erarbeitung von Vorschlägen zur Optimierung bestehender und ggf. notwendiger ergänzender Strukturen.

Die notwendige Sicherheitsfrei-gaben müssen erteilt werden.

Wir haben uns darum gekümmert, eine klare Struktur, Transparenz und Effizienz für die zukünftige Organisation der Projektgruppe zu gewährleisten.



Jochen Mauritz
sicherheitspolitischer Sprecher



Liebe Freundinnen und Freunde der Lübecker CDU,

wir wollen Ihnen mit diesem Newsletter einen Überblick über die wichtigsten Themen der letzten Bürgerschaftssitzung geben.

Wichtig war für uns u.a., dass

- der Jugendbeirat endlich auf den Weg gebracht wird.
- der Zivilschutz gestärkt wird.

Das Thema der nächsten Monate wird die Haushaltslage der Stadt sein. Was kann sich die Stadt noch leisten, was muss sich die Stadt leisten, welche Prioritäten werden gesetzt, um zukunftsfähig zu sein.

Ihr

Fraktionsvorsitzender

Unser Wunsch ist, dass die vier Stellen dem Bereich Feuerwehr unterstellt werden.

„Das stärkt die fachliche Bündelung und erleichtert die operative Zusammenarbeit.

Ein weiterer Gesichtspunkt liegt auf einer erweiterten Sicherheitsfreigabe des Zivilschutz-Teams unter der Leitung der Berufsfeuerwehr.

Denn in Krisensituationen zählt jede Minute. Dafür braucht der Zivilschutz schnellen Zugriff auf vertrauliche Informationen – mit klar geregelten Verantwortlichkeiten.

In diesem Zuge sollte schon jetzt der Austausch mit den vor Ort ansässigen sicherheitsrelevanten Organisationen, Unternehmen und Einrichtungen (z.B. Stadtwerke, UKSH, THW, Kreisverbindungskommando der Bundeswehr) intensiviert werden“, betont Jochen Mauritz.

Teil unseres Beschlusses ist auch die Bitte an den Bürgermeister, zu prüfen, wie man für die vier neu geplanten Stellen – zwei im Bereich Feuerwehr sowie zwei für den Bereich DOS (Daseinsvorsorge und Sicherheit) einen Ausgleich schafft. Bei der problematischen Haushaltssituation sollte es zu keinem Stellenaufbau in der Gesamtverwaltung kommen.

Erwartete Haushaltsdefizite in 2025 und den Folgejahren erfordern sofortiges Handeln

Der 1. Zwischenbericht zum Haushalt 2025 liegt vor. Statt des im Planungsprozess bereits vorgesehenen Defizits von 86,4 Mio. Euro geht die Verwaltung in der nun vorliegenden ersten Hochrechnung für 2025 von einem

auf 105,5 Mio. Euro gestiegenen Defizit aus.

Die Ansätze in der mittelfristigen Planung für die Jahre 2026 – 2028 zeigen ein noch düsteres Bild.

Demnach wird für 2026 mit einem negativen Jahresergebnis von 167 Mio. Euro gerechnet, 2028 soll das Defizit sogar 193 Mio. Euro betragen.

Die CDU fordert daher vom Bürgermeister, die Bemühungen zur Konsolidierung des Haushalts erheblich zu verstärken und dabei „jeden Stein umzudrehen“.

Nur so können wichtige und notwendige Investitionen in die Zukunft gesichert werden!



Hierzu Bernhard Simon, haushaltspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion in der Lübecker Bürgerschaft:

„Um es gleich auf den Punkt zu bringen - die laufenden Ausgaben steigen mindestens doppelt so stark wie die Einnahmen der Stadt. Dort, wo Bund oder Land bei den Kommunen „Aufgaben bestellen“, sind wir in einer Leistungspflicht, aber ohne direkten Einfluss auf die Höhe der Vergütungen. Aus dieser Zwickmühle werden wir kurzfristig kaum herauskommen, müssen über die kommunalen Spitzenverbände auf Verbesserungen beim Kostenausgleich dringen.

Bei den laufenden Sachkosten der Verwaltung hat der Bürgermeister von uns im Rahmen der Planung,

für 2025 bereits die Vorgabe bekommen, die Aufwendungen, um ca. 14 Mio. Euro mehr zu reduzieren als von ihm geplant.

Der wesentliche Kostentreiber sind jedoch die Personalkosten.

Sie sollen bis 2028 um ca. 18% steigen – die prozentual größte Steigerung aller Kostenarten! Um dieses Thema macht der Bürgermeister bisher allerdings einen großen Bogen.

Ich möchte nicht das Engagement der Verwaltungsmitarbeiter in Frage stellen. Es gehört aber zu einer angemessenen Führung, dass Leistungen regelmäßig auf ihren Nutzen und Prozesse auf ihre Effizienz geprüft werden.

Da wird es immer wieder Ansätze für Veränderungen geben, die es aufzugreifen gilt und denen sich auch alle stellen müssen. Das ist in jedem Unternehmen so, es gilt ebenso für Verwaltungen.

Wir haben gut ausgebildete Verwaltungsmitarbeiter, die im Bedarfsfall in der Lage sind, eine neue Aufgabe zu übernehmen.

Im Rahmen der Planungen 2026 haben die Fachbereiche einen Zusatzbedarf von über 170 Mitarbeitern angemeldet.

Wir begrüßen, dass hier „nachgearbeitet“ werden soll. Als CDU glauben wir jedoch, dass dies bei weitem nicht ausreichen wird“, so Bernhard Simon.

Angesichts der desolaten Haushaltslage erwarten wir, dass als Ausgleich für notwendige neue Stellen in anderen Bereichen entsprechende Einsparungen vorgenommen werden, der Personalbestand sich also netto nicht verändert. Ein weiter wie bisher kann es bei den städtischen Finanzen nicht geben!“